



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

7. Dezember 2021
Bossart Rolf

M 623 Motion Kurer Gabriela und Mit. über die Änderung des Steuerzuschlages auf Motorfahrzeuge mit ungenügendem Emissionscode / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Jörg Meyer beantragt Erheblicherklärung als Postulat.
Gabriela Kurer ist damit einverstanden.

Gabriela Kurer: Vielen Dank für die Beantwortung meiner Motion. Der Vorstoss kam zustande, weil ich mich durch die Gesetze des Kantons Luzern gelesen habe. Dabei ist mir dieser für mich nicht nachvollziehbare Absatz aufgefallen. Es geht in meinem Vorstoss darum, dass es einen Steueraufschlag für Fahrzeuge gibt, welche salopp gesagt einen ökologisch eher fragwürdigen Emissionsausstoss haben. Dieses Gesetz gilt aber nicht für Veteranenfahrzeuge und kommt erst zum Tragen, wenn ein Halterwechsel erfolgt. Fahrzeuge, welche also bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes im Kanton Luzern eingelöst wurden, sind von dieser Lenkungsabgabe befreit. Dieses Vorgehen erscheint mir unsinnig. Da ich eine Frau der Tat bin, habe ich eine Motion und nicht einen Prüfauftrag verfasst. Aus der Stellungnahme der Regierung konnte ich einen gewissen Unmut spüren. Mir ist bewusst, dass es für dieses Gesetz bereits einen Auftrag gibt. Meine Idee war, im Zusammenhang mit der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer diesen Passus ersatzlos zu streichen. Da die Veteranenfahrzeuge nicht nur Emotionen bedeuten, sondern auch auf Bundesebene einen Schutz geniessen, bin ich wie immer kompromissbereit, dem Antrag der SP zu folgen und meinen Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären. Vielen Dank für die Unterstützung des Vorstosses.

Jörg Meyer: Ich stelle im Namen der SP-Fraktion den Antrag auf Erheblicherklärung als Postulat. Ich muss sagen, dass es für uns unverständlich ist, dass die Regierung dies nicht selbst tut. Vielleicht hat es damit zu tun, dass die Stellungnahme äusserst knapp ausgefallen ist. Die Hälfte davon ist eine Herleitung dessen, was schon in der Motion steht, in zwei äusserst knappen Absätzen kommt die Begründung. Aber die Regierung sagt selbst, zum jetzigen Zeitpunkt brauche es keine Einschränkungen, aber eine vertiefte Diskussion. Implizit muss man sagen, dass es einen Grund gibt, der für uns massgeblich ist. Wir haben am 21. Juni 2021 die Motion von Yvonne Hunkeler mit 80 zu 21 Stimmen erheblich erklärt, die eine umgehende Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer verlangt. Das Anliegen von Gabriela Kurer ist aus unserer Sicht absolut prüfenswert. Wenn wir über Emissionsreduktionen sprechen, müssen wir die beschriebene Situation anschauen. Wir sind mit der Regierung darin einig, dass es noch eine vertiefte Diskussion braucht und man dies heute nicht einfach «herausbrechen» kann. Aber wenn das auch die Meinung der Regierung ist, dann muss man dies als Prüfauftrag entgegennehmen. Im Rahmen der Bearbeitung der Motion von Yvonne Hunkeler für eine umfassende Ökologisierung ist das ein Teilaspekt, den man prüfen muss. Aus diesem Grund liegen alle Fakten korrekt auf dem Tisch, damit dieses

Anliegen als Prüfauftrag im Rahmen dieser Motion entgegenzunehmen ist. Wir hätten uns diese Einschätzung auch von der Regierung gewünscht. Vielleicht bekommen wir noch Hinweise darauf, warum die für uns unbegreifliche Stellungnahme so herausgekommen ist. Ihnen legen wir eine Überweisung als Postulat ans Herz, sodass wir dies bei der Diskussion um die Gesamtökologisierung anschauen und dann dort zu einem vertieften und fundierten Entscheid kommen können.

Thomas Meier: Tatsächlich ist einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für Personenwagen mit hohem Schadstoffausstoss nichts entgegenzusetzen. Wir haben seinerzeit den Vorstoss von Yvonne Hunkeler unterstützt. Trotzdem ist es stossend, dass der Arbeitsgruppe, die seit April eingesetzt ist und an der Ausarbeitung der ökologisierten Motorfahrzeugsteuer arbeitet, nicht genug Zeit gegeben wird, bis sie erste Resultate präsentieren kann. Zudem sind Veteranenautos historische Zeitzeugen der Autogeschichte, die im Verkehrshaus wie auch in privaten Ausstellungen Jung und Alt begeistern. Solche Oldtimer sind sehr teuer im Unterhalt und müssen viele Voraussetzungen erfüllen, um den Veteranenstatus zu erreichen. Mit den wenigen Kilometern, die mit diesen Fahrzeugen gefahren werden dürfen, tragen die sogenannten Classic Cars nur sehr wenig zur Verschmutzung bei. Aber auch diese Fahrzeuge werden früher oder später mit erneuerbarem Biosprit betankt werden, sobald dieser Sprit in genügender Menge vorhanden ist. Somit werden wir heute die Motion einstimmig ablehnen und sind gespannt auf den Vorschlag der Expertengruppe für eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer, die hoffentlich schon bald einmal in unserem Rat präsentiert wird.

Angelina Spörri: Im Klimabericht kann man lesen, dass der Verkehr für knapp einen Drittel der kantonalen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist und davon zu drei Vierteln der Personenverkehr. Ein Auto zu fahren, bis es fast auseinanderfällt, hört sich zwar nachhaltig an, ist es aber ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr. Das Fahrzeug zu rezyklieren, wäre der sinnvollere Weg. Wer ein Auto mit ungenügendem Emissionscode fahren will, soll dies dürfen, er muss aber auch für die verursachte Luftverschmutzung in Form eines Steuerzuschlags anteilmässig aufkommen, und das nicht erst bei einem Halterwechsel. Wir sind der Meinung, dass dies, wenn man nach dem Verursacherprinzip geht, auch bei den Veteranenfahrzeugen generell gelten soll. Die Streichung dieser zwei Absätze im Strassenverkehrsrecht und somit eine Streichung der umweltschädlichen Begünstigung von Fahrzeugen mit ungenügendem Emissionscode ist ein wichtiger Punkt auf dem Weg zu einer Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer. Die GLP-Fraktion versteht es, dass der Regierungsrat zum jetzigen Zeitpunkt keine eingeschobene Motion zu diesem Thema brauchen kann, ist doch die Revision der Verkehrssteuer im Hintergrund schon in Erarbeitung, und Diskussionen dazwischen machen sie kompliziert und führen sehr wahrscheinlich zu Verzögerungen, die wir alle nicht wollen. Trotzdem verlangen wir, dass die Forderung zur Streichung der beiden Absätze in die Planung einfließt, und hoffen, dass wir möglichst bald über den Gesamtvorschlag im Rat diskutieren können. Die GLP-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung als Postulat.

Daniel Keller: Diesen Vorstoss der G/JG-Fraktion hätte man sich schenken können. Es ist allgemein bekannt, dass aktuell eine Überarbeitung der Motorfahrzeugsteuer durch eine Expertengruppe im Gange ist. Der Prozess läuft, und es sind keine Einzelmassnahmen wie vorliegend zielführend. Eine Ratsmehrheit hat beschlossen, dass die Steuern unter ökologischen Gesichtspunkten neu zu definieren sind. Obwohl das in der Vergangenheit systembedingt gescheitert ist, ist jetzt eine Mitte-links-Mehrheit der Überzeugung, es nochmals probieren zu wollen. Rot-Grün sollte eigentlich zufrieden sein, ich wünsche mir von links ein wenig mehr Demut, statt immer noch weiter reichende Forderungen einzureichen. Mit solchen Vorstössen wird das Fuder definitiv überladen, bevor eine neue Botschaft überhaupt verfasst wurde. Nach Ablehnung der CO₂-Vorlage durch die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind wir nicht überzeugt, dass die Luzerner Bevölkerung höhere Abgaben für Motorfahrzeuge zu zahlen bereit ist. Im vorliegenden Fall betrifft es zudem nur Randgruppen, Thomas Meier hat dies sehr gut formuliert. Es geht um wenig benutzte Classic Cars, die keinen grossen Einfluss auf die Umwelt haben. Auf

Besitzern von Oldtimern und Haltern bei Besitzstandswahrung herumzureiten, ist aus unserer Sicht etwas kleinlich und muss überdacht werden. Bei allem Respekt für Ihre Umweltanliegen ist es jetzt an der Zeit, die Ergebnisse der Expertengruppe abzuwarten und diese dann neu zu beurteilen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion geschlossen ab.

Yvonne Hunkeler: Als ich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern zugehört habe, hatte ich am meisten Freude daran, dass alle gespannt auf den Gesetzesvorschlag für die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer warten. Der Regierungsrat will zum heutigen Zeitpunkt keine Einschränkungen und Auflagen für die Revision der Motorfahrzeugsteuer entgegennehmen. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen uns heute auch noch nicht inhaltlich zum Anliegen der Motionärin äussern, aber wir wollen das Anliegen als Prüfauftrag in den Gesetzesrevisionsprozess mitgeben. So können wir sicher sein, dass sich die Regierung im Detail damit auseinandersetzt und wir auch in der Botschaft abgebildet sehen werden, was Gründe für oder gegen das Anliegen sind. Man muss dies, wie die Regierung schreibt, in einem Gesamtkontext anschauen. Wenn wir das heute nicht als Prüfauftrag mitgeben, werden diese Anträge bei der Beratung des Geschäftes vorliegen und wir uns auf mündliche Ausführungen und Antworten zu Fragen verlassen müssen. So können wir dieses Anliegen frühzeitig mitgeben. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion als Postulat, also einen reinen Prüfauftrag.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich gebe Ihnen zuerst einige Hinweise, wo wir mit dem Projekt zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer stehen. Der Bericht ist jetzt fertig, die Varianten liegen auf dem Tisch. Die Regierung wird demnächst darüber beraten, welche Varianten wir weiterverfolgen wollen. Dann werden wir wie von Ihnen gewünscht mit den betroffenen Verbänden eine Art Vorvernehmlassung machen, bevor wir in die Vernehmlassung gehen. In diesem Sinn gibt es einige Punkte, die in dieser Revision selbstverständlich auch dazugehören. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Sonderstatus von Veteranenfahrzeugen an sehr wenig gefahrene Kilometer gebunden ist. Diesen Status muss man sicher prüfen. Konsequenterweise müsste man die Motion als Postulat teilweise erheblich erklären. Mit einer Erheblicherklärung würde man die Offenheit in diesem Prozess beeinträchtigen, die auch von Ihnen gefordert wurde.

Der Rat erklärt die Motion mit 65 zu 43 Stimmen als Postulat erheblich.